

# Umwelt-Experte: Schlimme Giftkippe einfrieren und zertrümmern

BILDA 26.11.88

City

## VW-Stiftung: Millionen für die Forschung

Mit 22,7 Millionen Mark unterstützt die Stiftung Volkswagenwerk Niedersächsi-

Von DIRK SARNES

Die Sondermülldeponie Münchehagen. Niemand weiß, welche Gifte noch auf dem Gelände und später im Fließchen Iis oder Trinkwasserbrunnen auftauchen. Ein Münchehagener Landwirt, die Städte Rehburg-

Loccum und Petershagen nehmen's nicht mehr hin: Sie klagen vom 1. bis 5. Dezember vorm Verwaltungsgericht Hannover darauf, daß die Deponie völlig aufgeköffert wird. Ein einmaliger Prozeß.

Bekommen sie recht, wäre es

das Ende der 70 Millionen Mark teuren Sanierung (bis 1991).

## Münchehagen

Umweltminister Remmers (57) müßte seinen Plan aufgeben, Betonwände rund um die Deponie zu ziehen.

Auch FDP und SPD fordern das Ausbuddeln von 400 000 Kubikmetern Dreck. Besonders nachdem rauskam, daß der Deponie-Untergrund völlig zerklüftet ist.

FDP-Umweltexperte Dr. Friedrich Theodor Hruska (58): „Wir müssen das Schauer-Stück

Hans-Ludwig Schmahlstieg  
Kutscherstraße 25  
3163 Sehnde 12  
Telef. 05138/8276

BILDe Deal

sig

26.11.88



Ein Bohrwagen holt aus der Deponie Münchehagen Erdproben. Dabei wurde festgestellt, daß Gifte im Grundwasser aus dem Gelände herauswandern.

Münchehagen beenden.“

Der Plan: Die schlimme Deponie soll blockweise auf 120 Grad tiefgefroren, jeder Eisblock dann zertrümmert und verbrannt werden.“ Dr. Matthias Schreiner (36) von der Norderstedter Firma RR-Consult hat

das zwei Milliarden Mark teure Verfahren entwickelt. Dauer: 10 bis 15 Jahre. Aber: Dafür müßte in der Nähe von Münchehagen eine Hochtemperatur-Verbrennungsanlage gebaut werden.

Bange Frage im Umweltministerium: Wer soll das bezahlen?

# Giftmüll tiefgefrieren und ausräumen

Neues Verfahren kostet zwei Milliarden Mark / SPD signalisiert Teilzustimmung

Eigener Bericht

Die FDP-Landtagsfraktion will die von ihr mitgetragene Landesregierung auffordern, die Giftmülldeponie MÜNCHENHAGEN (Kreis Nienburg) mit Hilfe eines neuen Verfahrens auszuräumen. Die Kosten schätzt der umweltpolitische Sprecher der

Aus dem ältesten Teil der stillgelegten Deponie MÜNCHENHAGEN, dessen Inhalt nicht bekannt ist, sind wiederholt Schadstoffe ausgetreten, unter anderem das hochgiftige Dioxin. Giftige Stoffe wurden in einem Fließchen gefunden, das an der Deponie vorbei in das Trinkwassergebiet der Stadt Petershagen (Nordrhein-Westfalen) fließt. Nach den Vorstellungen der niedersächsischen Landesregierung soll weiteren Gefahren dadurch vorgebeugt werden, daß die Altdeponie durch „Sperrmauern“ seitlich vom Grundwasser abgegrenzt wird. Dies soll nach jüngsten Plänen der Regierung rund 70 Millionen Mark kosten.

Bisher hatte sich die FDP immer gegen ein Auskoffern der Deponie ausgesprochen. Hruska begründete die Meinungsänderung damit, daß ein Ausräumen mit konventionellen Methoden zu gefährlich sei. Nun gebe es jedoch ein vielversprechendes Verfahren, das als Pilotprojekt und mit Finanzhilfe des Bundes ein schadloses Beseitigen der MÜNCHENHAGENER „Altlast“ als durchaus möglich erscheinen lasse. Hruska sagte, die schon begonnene Abdichtung der Altdeponie sollte jedoch

me. Hannover

fortgesetzt werden, um schon jetzt soviel Sicherheit wie nur möglich zu schaffen. Den Entschließungsantrag mit dem Ziel der sogenannten Totalsanierung hat die Fraktion, wie Hruska sagte, einstimmig beschlossen.

Das in dem Entschließungsantrag zur Prüfung empfohlene „CC-Verfahren“ sieht nach den Worten des Abgeordneten vor, den Deponiekörper „kubikmeterweise“ mit 100 bis 150 Minusgraden tiefzufrieren. Diese Blöcke sollen dann herausgelöst und in eine Hochtemperaturverbrennungsanlage (HTV) gebracht werden. Dort sei eine chemisch-physikalische Vorbehandlung der Schadstoffmischung nötig, um die verbrennbaren Stoffe herauszulösen. Die FDP, so sagte Hruska, setze darauf, daß in Niedersachsen drei oder vier HTV-Anlagen sowie sichere Endlager in Salzkavernen geschaffen werden. Dies sei eine wesentliche Voraussetzung für die nun angestrebte MÜNCHENHAGEN-SANIERUNG.

Das sogenannte CC-Verfahren ist eine Entwicklung eines Ingenieurbüros in Hamburg-Norderstedt. Zwei Mitarbeiter dieses Büros ergänzten Hruskas Ausführungen.

FDP, Dr. Friedrich-Theodor Hruska, auf rund zwei Milliarden Mark. Der Inhalt der Deponie – rund 400 000 Tonnen – soll nach Auffassung der FDP in einer Hochtemperaturanlage verbrannt werden. Die Fraktion schätzt, daß diese Art der Deponiesanierung rund 15 Jahre dauern wird.

Matthias Schreiner und Winfried Rosenstock sagten, das Verfahren sei bereits in kleinerem Maßstab erprobt worden. Die Technische Universität Braunschweig habe sich damit beschäftigt, und dem Wirtschaftsministerium in Hannover lägen „positive Vermerke“ vor.

Die SPD-Landtagsfraktion hat der FDP zugesichert, sie werde dem Entschließungsantrag zustimmen. Der umweltpolitische Sprecher der Fraktion teilte mit, das Auskoffern und Totalsanieren böte die einzige Garantie, weitere Gefahren auszuschließen. Die Unterstützung „des ersten Schrittes“ bedeute jedoch nicht die Zustimmung zu weiteren Punkten des Sanierungskonzepts. Zuvor müsse sicher sein, daß die Deponiestoffe tatsächlich in einer HTV-Anlage verbrannt werden könnten, fügte Bartels an. Ein Sprecher der MÜNCHENHAGENER Initiative „Bürger gegen Giftmüll“ bezeichnete es als utopisch, den Giftmüll verbrennen zu wollen. Einerseits stünden keine Verbrennungsanlagen zur Verfügung, andererseits würden beim Verbrennen nach dem heutigen Stand der Technik „unkalkulierbare Restemissionen“ in Kauf genommen.